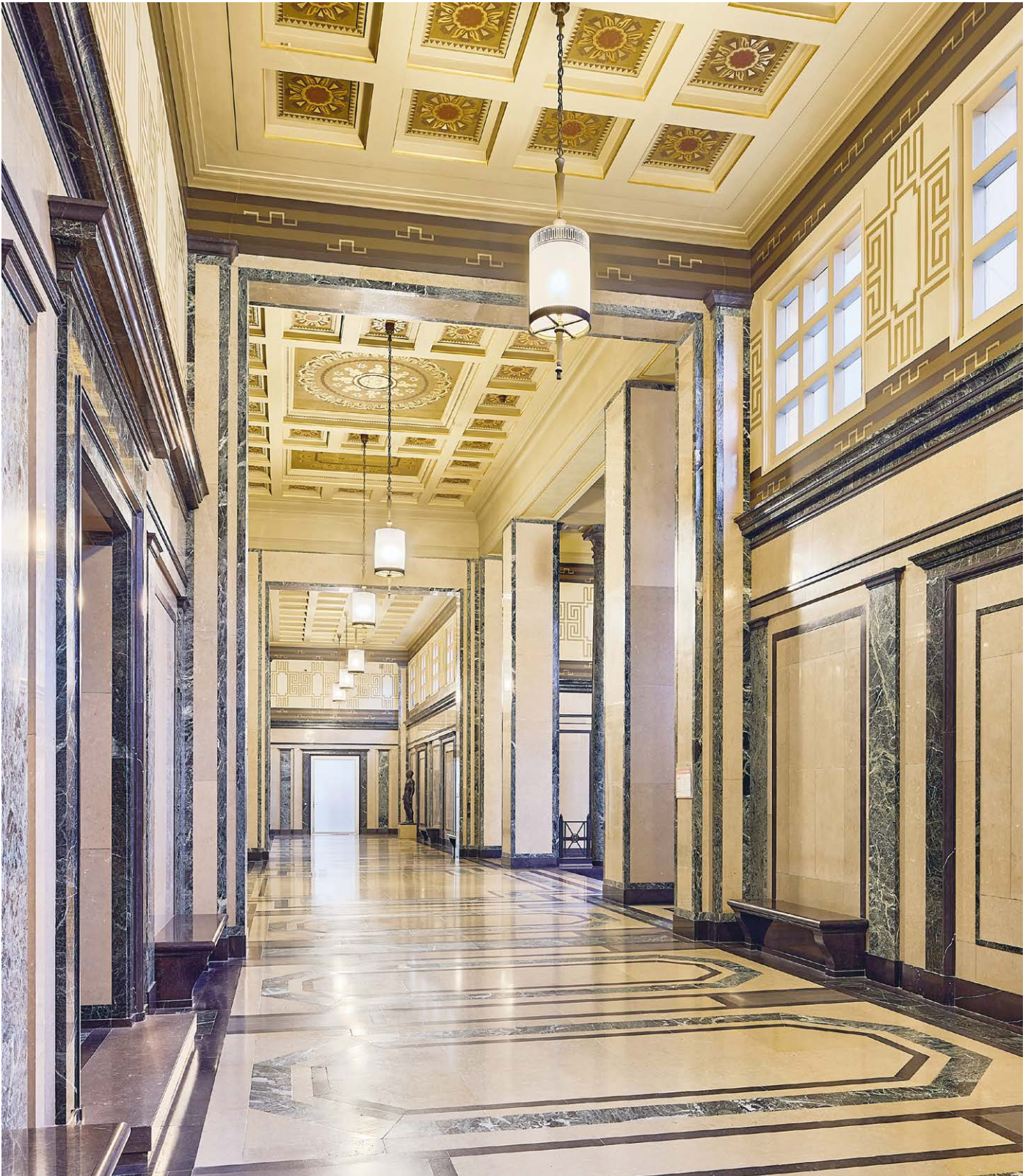




Geschäftsbericht 2025

Herausgeber

Die Gerichte der Schweizerischen
Eidgenossenschaft
eidgenoessischegerichte.ch

Bundesgericht

Av. du Tribunal-Fédéral 29
CH-1000 Lausanne 14
021 318 91 11

Schweizerhofquai 6
CH-6004 Luzern
041 419 35 55

✉ direktion@bger.ch
→ bger.ch

Bundesstraßgericht

Viale Stefano Franscini 7
CH-6500 Bellinzona
058 480 68 68
✉ info@bstger.ch
→ bstger.ch

Bundesverwaltungsgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
058 465 26 26
✉ info@bvger.admin.ch
→ bvger.ch

Bundespatentgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
058 465 21 10
✉ info@bpatger.ch
→ bpatger.ch

Gestaltungskonzept

Agentur Noord
→ noord.ch

Realisation und Druck

Stämpfli Kommunikation
→ staempfli.com

Diese Publikation existiert auch
auf Französisch und Italienisch.
Sie ist auf eidgenoessische-gerichte.ch verfügbar und mit
einer ausgefüllten Klebeadresse
gratis zu beziehen über die
Kurzanschrift Bundesgericht,
CH-1000 Lausanne 14, oder via
direktion@bger.ch zu bestellen.

ISSN 1663-1331
Form 104.611.d

02/2026 1200



Botschaft der Präsidentin	67
Das Wichtigste in Kürze	68
1. Allgemeiner Teil	70
Zusammensetzung des Gerichts	70
Gerichtsorganisation	73
Kommissionen	74
Geschäftslast	75
Spruchkörperbildung	75
Vernehmlassungen	76
Koordination der Rechtsprechung	76
Gerichtsverwaltung	76
Aufsicht	78
Zusammenarbeit	79
2. Hinweise an den Gesetzgeber	79
3. Statistiken	81

Das Vertrauen in den Rechtsstaat lebt von seiner Verlässlichkeit, seiner Stabilität – und von seiner Fähigkeit, sich mit Augenmass weiterzuentwickeln. Die Unabhängigkeit der Justiz sowie die Rechtssicherheit sind dabei unerlässlich. Für das Bundesverwaltungsgericht war das vergangene Jahr, mit rekordhohen Verfahrenseingängen – die höchsten seit seinem Bestehen – in besonderer Weise davon geprägt, diesen Ansprüchen gerecht zu werden.

Die fortschreitende Digitalisierung hat auch die Arbeit der Gerichte weiter verändert. Neue technische Möglichkeiten eröffnen Chancen für einen rascheren Zugang zu mehr Wissen und Informationen, was die Behandlung der Verfahren erleichtern wird. Damit dies gelingt, muss jedoch die Sicherheit wie auch die Verlässlichkeit der Informationen gewährleistet sein. Gleichzeitig bleibt es eine zentrale Aufgabe, bei allen Innovationen die rechtsstaatlichen Grundsätze – insbesondere Sorgfalt, Transparenz und Fairness – unverändert zu wahren.

Gerade in Zeiten raschen Wandels und grösseren Polarisierung der Gesellschaft zeigt sich die besondere Verantwortung der Gerichte: Sie schaffen Orientierung, indem sie, bei konsequenter Beachtung des Verhältnismässigkeitsprinzips, eine einschlägige und angemessene Rechtsanwendung gewährleisten. Dies erfordert nicht nur fachliche Kompetenz, sondern ebenso die Bereitschaft, Bewährtes zu bewahren und Neues umsichtig zu integrieren.

Das Bundesverwaltungsgericht, das in drei Vierteln aller Fälle letztinstanzlich entscheidet, versteht sich dabei als Teil einer Justiz, die Rechtssicherheit bietet und zugleich offen bleibt für Weiterentwicklung – im Dienst der Rechtsstaatlichkeit.

Claudia Cotting-Schalch,
Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts



Das Wichtigste in Kürze

10 104

eingegangene Fälle
(Vorjahr 8208)

Die Geschäftslast des Bundesverwaltungsgerichts nahm im Berichtsjahr erneut zu. Insgesamt gingen 10 104 neue Fälle (Vorjahr: 8208 Fälle) ein; aus dem Vorjahr wurden 6685 Fälle übernommen. 8242 Fälle (Vorjahr: 7146 Fälle) wurden abgeschlossen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 241 Tage (Vorjahr: 249 Tage).

8242

erledigte Fälle
(Vorjahr 7146)

Das Bundesverwaltungsgericht trieb im Berichtsjahr die digitale Transformation seiner Justizprozesse weiter voran. Im Rahmen des Organisationsentwicklungsprojekts eTAF wurde insbesondere das Projekt FAJUFI weiterentwickelt. Das Gericht stellte Pilotprojekte und eigene Ansätze für die digitale Justiz vor. Im Zentrum standen Fortschritte bei MyAbi/JURIS, JAA und der Fallzuteilung. Zudem führte das Gericht Microsoft 365 ein.

241

durchschnittliche
Verfahrensdauer in Tagen

Im Bereich der personellen Zusammensetzung kam es zu mehreren Veränderungen. Vier neue Richter – Kaspar Gerber, Mathias Lanz, Lukas Müller und Vincent Rittener – sowie eine neue Richterin, Christa Preisig, haben ihr Amt im Berichtsjahr angetreten. In ihrer Herbstsession 2024 bestätigte die Vereinigte Bundesversammlung alle amtierenden Richterinnen und Richter für die Amtsperiode 2025–2030. Darüber hinaus wählten die eidgenössischen Räte in ihrer Herbstsession 2025 Ralf Imstepf (Abteilung I) und Lucien Philippe Magne (Abteilung V) als neue Richter am Bundesverwaltungsgericht. Beide haben ihre Tätigkeit Anfang 2026 aufgenommen.





1. Allgemeiner Teil

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Präsidentin:	Claudia Cotting-Schalch
Vizepräsidentin:	Contessina Theis

Verwaltungskommission

Präsidentin:	Claudia Cotting-Schalch
Vizepräsidentin:	Contessina Theis
Mitglieder:	Keita Mutombo Roswitha Petry Beat Weber

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende:	Barbara Balmelli-Mühlematter, Präsidentin Abt. V
Mitglieder:	Gregor T. Chatton (stv. Vorsitz), Präsident Abteilung VI Iris Widmer, Präsidentin Abteilung I Mia Fuchs, Präsidentin Abteilung II Vito Valenti, Präsident Abteilung III Gérald Bovier, Präsident Abteilung IV

Generalsekretariat

Generalsekretärin:	Sara Szabo
Stellvertreter:	Bernhard Fasel

Abteilungen

Abteilung I

Präsidentin:	Iris Widmer
Mitglieder:	Christine Ackermann Emilia Antonioni Luftensteiner Jérôme Candrian Maurizio Greppi Stephan Metzger Alexander Misic Keita Mutombo Claudia Pasqualetto Péquignot Annie Rochat Pauchard Pierre-Emmanuel Ruedin Jürg Steiger Jürg Marcel Tiefenthal

Abteilung II

Präsidentin:

Mitglieder:

Mia Fuchs
Pietro Angeli-Busi
David Aschmann
Jean-Luc Baechler
Francesco Brentani (bis 31.Dezember)
Kathrin Dietrich
Christoph Errass
Vera Marantelli-Sonanini
Chiara Piras
Pascal Richard
Eva Schneeberger
Marc Steiner
Daniel Willisegger
Christian Winiger

Abteilung III

Präsident:

Mitglieder:

Vito Valenti
Caroline Bissegger
Michela Bürki Moreni
Philipp Egli
Selin Elmiger-Necipoglu
Caroline Gehring
Viktoria Helfenstein
Madeleine Hirsig-Vouilloz
Christoph Rohrer
Beat Weber
David Weiss

Abteilung IV

Präsident:

Mitglieder:

Gérald Bovier
Susanne Bolz
Manuel Borla
Daniela Brüscheiler
Daniele Cattaneo
Yanick Felley
Walter Lang
Giulia Marelli
Lukas Müller (Eintritt 1. Januar)
Vincent Rittener (Eintritt 1. Februar)
Jeannine Scherrer-Bänziger
Thomas Segessenmann
Nina Spälti Giannakitsas
Contessina Theis
Simon Thurnheer
Chrystel Tornare Villanueva

Abteilung V

Präsidentin:

Mitglieder:

Barbara Balmelli-Mühlematter
Deborah D'Aveni
Regina Derrer
Gabriela Freihofer
Kaspar Gerber (Eintritt 1. Januar)
Markus König
Mathias Lanz (Eintritt 1. Januar)
Constance Leisinger
Camilla Mariéthoz Wyssen
Esther Marti
Lorenz Noli
Roswitha Petry
Grégory Sauder
William Waeber
David Wenger

Abteilung VI

Präsident:

Mitglieder:

Gregor T. Chatton
Yannick Antoniazza-Hafner
Daniele Cattaneo
Claudia Cotting-Schalch
Basil Cupa
Susanne Genner
Sebastian Kempe
Christa Preisig (Eintritt 1. Januar)
Regula Schenker Senn
Aileen Truttmann
Nina Spälti Giannakitsas

Im Berichtsjahr amtierten *Claudia Cotting-Schalch* als Präsidentin und *Contessina Theis* als Vizepräsidentin des Gerichts. Die Verwaltungskommission setzte sich nebst der Präsidentin und der Vizepräsidentin aus *Keita Mutombo*, *Roswitha Petry* und *Beat Weber* zusammen. Die Abteilungen wurden präsiert von *Iris Widmer* (Abteilung I), *Mia Fuchs* (Abteilung II), *Vito Valenti* (Abteilung III), *Gérald Bovier* (Abteilung IV), *Barbara Balmelli-Mühlematter* (Abteilung V) und *Gregor T. Chatton* (Abteilung VI).

Per 1. Januar stiess *Lukas Müller*, und per 1. Februar *Vincent Rittener* neu zum Gericht. Ebenfalls per 1. Januar traten die bisherigen Gerichtsschreibenden *Christa Preisig*, *Kaspar Gerber* und *Mathias Lanz* ihre neuen Funktionen als Richterin und Richter an. Alle fünf neuen Mitglieder waren am 25. September 2024 durch die Vereinigte Bundesversammlung gewählt worden. Von den Gerichtsmitgliedern waren 36 Frauen und 43 Männer.

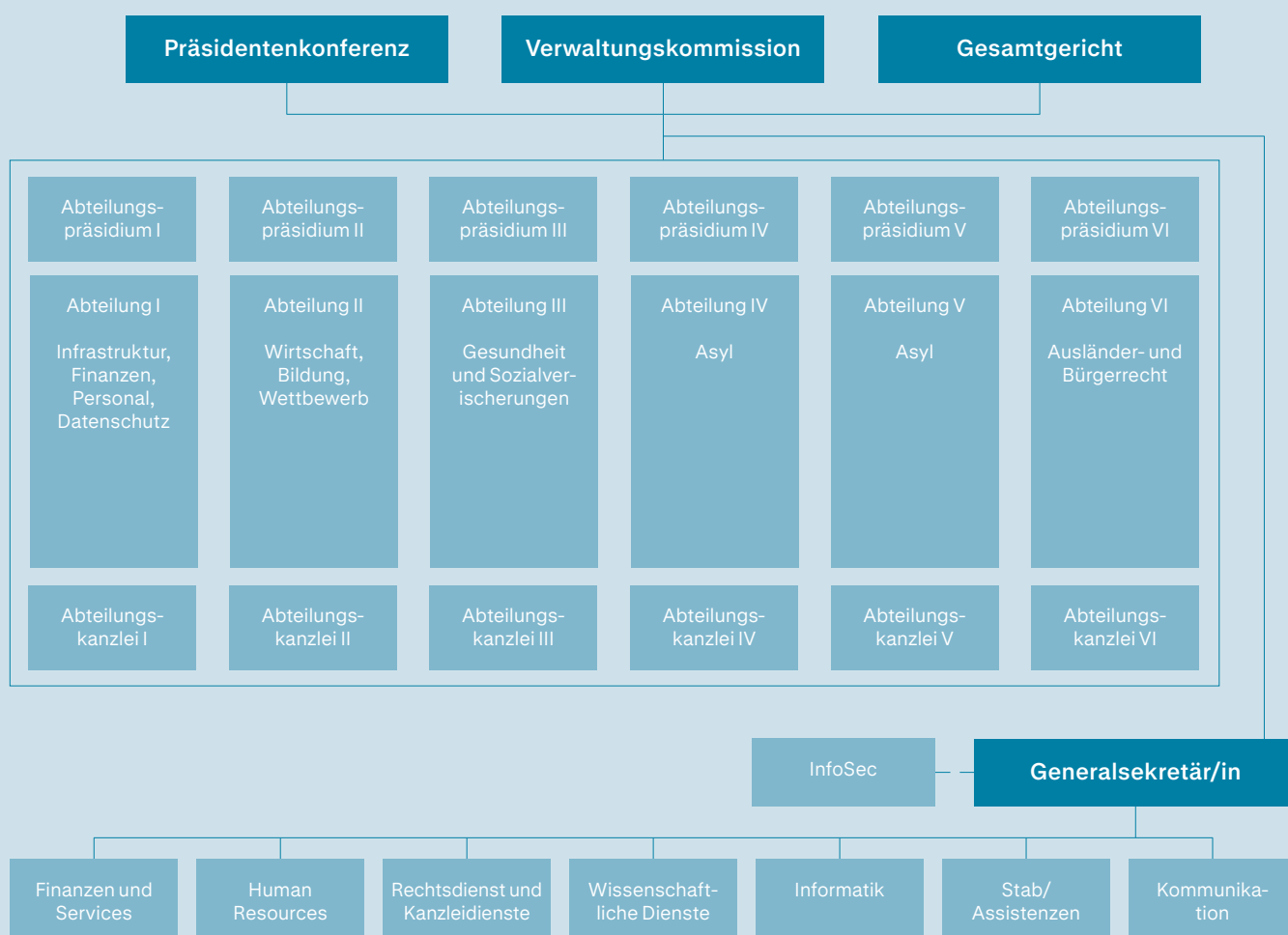
Gesamtgericht

Das Gesamtgericht trat im Berichtsjahr zu zwei ordentlichen sowie einer ausserordentlichen Sitzung zusammen. Die ausserordentliche Sitzung diente der Besprechung der Ressourcenverteilung angesichts der sehr hohen Geschäftslast in nahezu allen Abteilungen.

Im Rahmen der ordentlichen Sitzungen wurden zwei neu eintretende Richter feierlich vereidigt. Gleichzeitig war ein Abgang zu verzeichnen: Richter *Francesco Brentani* trat Ende des Jahres altersbedingt zurück. Seit der Gründung des Bundesverwaltungsgerichts war er Mitglied der Abteilung II. Aufgrund seines Rücktritts und der Neuverteilung von Ressourcen schrieb die Gerichtskommission zwei Richterstellen aus – eine im Steuerrecht (Abteilung I) und eine im Asylbereich (Abteilung V).

An seiner Sitzung vom 9. Dezember wählte das Gesamtgericht *Caroline Bissegger* zur Präsidentin der Abteilung III. Sie tritt die Nachfolge von *Vito Valenti* für den Rest der Amtsperiode 2025/2026 an.

Gerichtsorganisation



Darüber hinaus wählte das Gesamtgericht im Zuge einer Ergänzungswahl Richterin *Selin Elmiger-Necipoglu* als Mitglied der Schlichtungsstelle. Sie übernimmt das Amt für den Rest der Amtsperiode 2025–2030.

Verwaltungskommission

Die Verwaltungskommission hielt 2025 13 Sitzungen ab, darunter eine Retraite. Sie befasste sich mit Ressourcenfragen, Entlastungsmassnahmen und dem Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF, insbesondere FAJUFI (Ablösung der Kernapplikationen in der Rechtsprechung) und dessen Anbindung an justitia.swiss. Das Bundesverwaltungsgericht wurde wiederholt von Kantonsgerichten um Unterstützung gebeten, und als Pilotbetrieb im Projekt Justitia 4.0 leistete es einen Beitrag über seinen eigentlichen Auftrag hinaus. Mit Acta Nova wurde eine neue Software für elektronische Geschäftsverwaltung eingeführt, welche die digitale Zusammenarbeit und die Ablage von Verwaltungsakten erleichtert.

Neben Personalentscheiden fasste die Verwaltungskommission Beschlüsse zum Voranschlag 2026, überwachte die Verfahrenszahlen und entschied über Stellenetat und Gerichtsziele. Sie setzte die Arbeit an der Konkretisierung der Ethikcharta in einem Verhaltenskodex fort und legte dieses dem Gesamtgericht zum Beschluss vor. Das Plenum entschied, den Verhaltenskodex an die Verwaltungskommission zurückzuweisen.

Präsidentenkonferenz

Die Präsidentenkonferenz traf sich im Berichtsjahr zu elf Sitzungen (Vorjahr 10). Ein Ziel für die Amtsperiode 2025/2026 ist, den Rechtsprechungsprozess mit Blick auf die Einführung der neuen Geschäftsverwaltung systematisch zu überprüfen, zu optimieren und wo sinnvoll Abläufe zu harmonisieren. Zudem beschäftigte sie sich auch in diesem Jahr mit der Urteilsredaktion. Sie genehmigte das Detailkonzept für ein weiteres internes Schulungsangebot in diesem Bereich. Der neue Workshop «Falllösung» ergänzt die beiden bereits bestehenden Angebote «Sprache und Stil eines Urteils» sowie «Struktur eines Urteils».

Über die weiteren Beschlüsse der Präsidentenkonferenz gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b und c VGG informieren die Abschnitte zur Koordination der Rechtsprechung sowie zu den Vernehmlassungen auf Seite 75.

Kommissionen

Redaktionskommission

Die Redaktionskommission (RK) definiert in Abstimmung mit der Präsidentenkonferenz die strategische Ausrichtung von Publikation und Dokumentation der Entscheide des Bundesverwaltungsgerichts. Sie entscheidet über die Publikation in der amtlichen Entscheidsammlung (BVGE). Die RK setzt sich in der Regel aus je einer Vertreterin oder einem Vertreter der Abteilungen zusammen.

Im Berichtsjahr wurde die Aufgabe von vier Richterinnen bzw. Richtern sowie zwei Gerichtsschreibern wahrgenommen. Die RK wird vom Team Amtliche Sammlung und Juristische Dokumentation des Generalsekretariats unterstützt. Im Berichtsjahr hielt die RK zehn Sitzungen ab, und es wurden fünf BVGE-Newsletter versandt. Ausserdem wurde im Rahmen einer Retraite der BVGE-Publikationsprozess überprüft und optimiert. Der Jahresband der BVGE 2024 erschien im Dezember mit 18 Entscheiden.

Schlichtungsstelle

Die Schlichtungsstelle vermittelt bei Konflikten zwischen Richterinnen und Richtern. Im Berichtsjahr setzte sie sich aus folgenden fünf ordentlichen Mitgliedern zusammen (eine Vakanz): *Alexander Misić* (Abt. I), *Selin Elmiger-Necipoglu* (gewählt am 20. Mai, Abt. III), *Daniela Brüscheweiler* (stellvertretender Vorsitz, Abt. IV), *Markus König* (Abt. V) und *Basil Cupa* (Vorsitz, Abt. VI); zudem gehörte Gerichtspräsidentin *Claudia Cotting-Schalch* dem Gremium von Amtes wegen an. Die Schlichtungsstelle hat sich zu zwei Sitzungen getroffen. Ein im Berichtsjahr anhängig gemachtes Verfahren wurde als gegenstandslos geworden abgeschrieben.

Schlichtungskommission

Die Schlichtungskommission informiert, berät und vermittelt bei Streitigkeiten, die in den Bereich des Gleichstellungsgesetzes fallen. Ziel des Schlichtungsverfahrens ist eine einvernehmliche Regelung des Streitfalls, damit ein Gerichtsverfahren vermieden werden kann. Die Schlichtungskommission klärt mithilfe der Parteien (Arbeitgebende und Arbeitnehmende) den Sachverhalt und versucht, in der Schlichtungsverhandlung eine Einigung herbeizuführen. Im Berichtsjahr wurde sie nicht angerufen.

Personalkommission

Die Personalkommission (PEKO) befasste sich im Berichtsjahr mit diversen Anliegen der Mitarbeitenden und stand diesbezüglich in regelmässigem Austausch mit verschiedenen Leitungspersonen, unter anderem mit dem Leiter des Bereichs Human Resources (HR). Sie tauschte sich insbesondere über die Einführung des bevorstehenden optimierten Lohnsystems des Bundes aus und regte an, eine gesamtgerichtliche Informationsveranstaltung dazu durchzuführen.

Es wurde ein neues Reglement für die PEKO ausgearbeitet, das 2026 finalisiert werden soll. Ferner organisierte die PEKO diverse Anlässe zur Förderung des Zusammenhalts unter den Mitarbeitenden sowie der Sprachenvielfalt. Die PEKO setzte sich auch für verschiedene Massnahmen zu deren Wohlbefinden (etwa Angebote der Mensa)

Geschäftslast

Überblick

Die Statistiken ab Seite 74 geben detailliert Auskunft über die Geschäftslast im Berichtsjahr. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 1. Januar 6685 Fälle aus dem Vorjahr übernommen. Bis zum Jahresende gingen 10 104 (Vorjahr 8208) neue Fälle ein, denen 8242 (Vorjahr 7146) abgeschlossene Fälle gegenüberstanden. Die Zahl der pendenten Fälle ist zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember um 1862 (+27,9%) auf 8547 gestiegen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer betrug 241 Tage (Vorjahr 249). Am Ende des Jahres waren 1526 (Vorjahr 1135) Fälle älter als zwei Jahre. Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die sechs Abteilungen:

	Eingänge	Erledigungen
Abteilung I	583	620
Abteilung II	559	465
Abteilung III	563	523
Abteilung IV	3377	2547
Abteilung V	3278	2351
Abteilung VI	1744	1736
Total	10 104	8242

und Weiterbildung (unter anderem der Tag der Gerichtsschreibenden) ein, und wirkte in der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Bürokonzepts mit.

Vertrauensstelle

Die Vertrauensstelle dient als niederschwellige Anlaufstelle bei Konflikten oder in klärungsbedürftigen Situationen und steht allen Mitarbeitenden zur Verfügung. Ihre Dienstleistung kann in den drei Amtssprachen in Anspruch genommen werden. Im Berichtsjahr wurde sie aufgestockt und besteht nunmehr aus vier Personen.

Die Vertrauensstelle wurde im Berichtsjahr verschiedentlich aufgesucht. Die Anliegen bezogen sich, wie schon in den vergangenen Jahren, vor allem auf die Beziehung zu Vorgesetzten, die Zusammenarbeit im Team und den gegenseitigen Umgang. Auch beschäftigten Themen wie Homeoffice, die Personalbeurteilung und die öffentliche Berichterstattung über das Gericht. Die Anfragen zeigten, dass für das Angebot der Vertrauensstelle Bedarf besteht und dieses auch genutzt wird.

Spruchkörperbildung

Der Begriff Spruchkörperbildung bezeichnet die Art und Weise, wie die Richterorgane gebildet werden, die über einen Fall urteilen. Am Bundesverwaltungsgericht werden die Verfahren von Einzelrichterinnen, Einzelrichtern mit Zustimmung einer zweiten Richterin oder eines zweiten Richters, Dreier- oder Fünfergremien beurteilt. Die auf den 1. Juni 2023 in Kraft getretenen Bestimmungen des Geschäftsreglements legen fest, welche Kriterien bei der Zuteilung berücksichtigt werden müssen. Es sind dies beispielsweise die Arbeitssprache, die Kammer- oder Fachgebietszuständigkeiten, die Beschäftigungsgrade, die Ausstandsgründe oder die Geschäftslast. Das angewandte Zuteilungssystem beruht auf einer automatischen und einer manuellen Komponente, wobei die Umsetzung in der Verantwortung der Abteilungspräsidien liegt. Sofern es technisch möglich ist, kommt die automatische Zuteilung mit einer Software zum Einsatz. Die manuelle Komponente bleibt jedoch ein wesentlicher Bestandteil des Zuteilungssystems. Alle Zuteilungen der seit dem 1. Januar 2022 eingegangenen Verfahren sind systematisch dokumentiert und können statistisch ausgewertet werden. Bei den im Berichtsjahr eingegangenen und erledigten Fällen

wurden die Spruchkörper in 62% der Fälle automatisch gebildet – in 51% ohne Deaktivierungen und in 11% mit Deaktivierungen. Deaktivierungen erfolgen bei Krankheiten, bei Ferienabwesenheiten oder aus Ausstandsgründen. In 4% der Fälle wurde mindestens eine Richterposition automatisiert umbesetzt (z. B. bei Austritten) sowie in 34% der Fälle manuell besetzt. Die wesentlichen Gründe für manuelle Besetzungen waren konnexe Verfahren (40% aller manuellen Besetzungen), der Geschäftslastausgleich (23%) und die Sprachregelung im Asyl, wonach in den deutsch- und französischsprachigen Verfahren immer ein zweites Mitglied im Spruchkörper sein muss, dessen Hauptsprache derjenigen des Verfahrens entspricht (12%).

Vernehmlassungen

Das Bundesverwaltungsgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 13 (Vorjahr 10) Konsultationsverfahren zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten oder parlamentarischen Vorstössen begrüsst. Es erstattete sechs (Vorjahr 5) Stellungnahmen. Zwei Verfahren waren am Ende des Berichtsjahrs noch in Bearbeitung.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden zwei abteilungsübergreifende Koordinationsverfahren nach Art. 25 VGG eingeleitet, die entsprechenden Anträge wurden jedoch zurückgezogen. Auch über diese beiden Verfahren hinaus war die Koordination nach Art. 25 VGG ein wiederkehrendes Traktandum der Präsidentenkonferenz. Sie hat sich für die Amtsperiode 2025/2026 zum Ziel gesetzt, die Koordinationsrichtlinie zu vereinfachen und offene Fragen zu klären. Zudem fasste die Präsidentenkonferenz Beschlüsse gemäss Art. 17 Abs. 2 Bst. b VGG zu verfahrensrechtlichen Fragen, die alle Abteilungen betreffen (z.B. Umgang mit Eingaben über Cloud-Dienste). Weiter tauschte sie sich aus über das Vorgehen bei Eingaben ohne eindeutig erkennbaren Beschwerdewillen.

Materielle oder verfahrensrechtliche, asylrechtliche Fragen werden nach den Reglementen über die Zusammenarbeit der Abteilungen IV und V des Bundesverwaltungsgerichts koordiniert.

Gerichtsverwaltung

Gerichtsbetrieb

Nach Einführung der neuen Applikation Acta Nova für die elektronische Geschäftsverwaltung wurden die Daten der Gerichtsverwaltung erfolgreich migriert. Acta Nova bildet nun die Basis für die digitale Zusammenarbeit und die Ablage geschäftsrelevanter Informationen am BVGer.

Das Projekt FAJUFI zur digitalen, ortsunabhängigen Verwaltung von Rechtsmittelverfahren am Bundesverwaltungsgericht wurde fortgeführt. In kurzen Entwicklungseinheiten, sogenannten Sprints, passte die beauftragte Softwarefirma LogObject die Applikation gemeinsam mit den Projektverantwortlichen und den Vertreterinnen und Vertretern der Rechtsprechung an die Bedürfnisse des Gerichts an und testete Schnittstellen zu angrenzenden Systemen. Zentrale Anforderung ist die Anschlussfähigkeit an Justitia 4.0, das nationale Projekt zur Modernisierung der digitalen Gerichtsverfahren. Gegen Jahresende setzte eine erste Abteilung die neue Applikation in einem Pilotversuch zur Fallbearbeitung ein.

Auch die Arbeiten zur automatisierten Spruchkörperzuteilung wurden fortgesetzt. Parallel wurden die Prozesse im Projekt TAFSCAN überprüft und die Infrastruktur für die Digitalisierung sämtlicher Posteingänge modernisiert, um diese den Abteilungen elektronisch zur Verfügung zu stellen.

Personelles

Am Jahresende waren am Bundesverwaltungsgericht 472 Personen tätig: 78 Richter/-innen (69,95 Stellen), 252 Gerichtsschreibende (213,4 Stellen), 51 Kanzleimitarbeitende in den Abteilungen (43,2 Stellen) sowie 91 Mitarbeitende im Generalsekretariat (77,5 Stellen). Gegenüber dem Vorjahresende entspricht dies einem Zuwachs von insgesamt 5 Personen, die zur Bewältigung der stark steigenden Geschäftslast beitragen. Zudem machten 4 Lernende ihre Ausbildung am Bundesverwaltungsgericht, und 17 Personen absolvierten ein Praktikum. Bei den nachstehenden statistischen Werten sind die Ausbildungsplätze nicht ausgewiesen.

69,1% der am Gericht tätigen Personen sind deutscher, 23,5% französischer, 7,2% italienischer und 0,2% anderer Hauptsprache. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahrs über das ganze Gericht gesehen 59,3%, wobei er beim richterlichen Personal bei 46,2% und bei den Mitarbeitenden bei 61,9% lag. 30,8% der Richterinnen und Richter und 52,0% der Angestellten arbeiteten Teil-

zeit mit einem Beschäftigungsgrad von weniger als 90%. Die Fluktuationsrate betrug 8,7% (Vorjahr 12,3%); bei den Richterinnen und Richtern 1,3%, bei den Gerichtsschreibern und -schreiberinnen 8,3% und beim übrigen Personal 13,3%.

Finanzen

Den Erträgen von 6 652 600 Franken stehen Aufwendungen von 96 924 900 Franken gegenüber. Der Deckungsgrad betrug somit 6,9%. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrertrag von 1 028 900 Franken oder 18,3% zu verzeichnen. Bei den Gerichtsgebühren des Bundesverwaltungsgerichts wird gegenüber der Vorjahresperiode ein Mehrertrag von 777 100 Franken oder 16,2% verzeichnet, die Zahl gebührenwirksamer Verfahren hat um 13,8% zugenommen. Die durchschnittliche Gebühr pro Verfahren ist gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf 1184 Franken gestiegen. Die Aufwendungen sind im Vorjahresvergleich um 3 709 800 Franken oder 4,0% gestiegen.

Der Personalaufwand hat um 3 795 600 Franken zugenommen, insbesondere aufgrund des zusätzlichen Personals zur Bewältigung der stark steigenden Geschäftslast. Der Sach- und Betriebsaufwand hat um 131 100 Franken abgenommen. In diesem Posten ist eine aufwandmindernde Weiterbelastung für Leistungen zugunsten des Bundespatentgerichts in der Höhe von 162 100 Franken enthalten. Die Aufwendungen der eidgenössischen Schätzungskommissionen belaufen sich auf 1 198 100 Franken. Die Investitionsrechnung weist Ausgaben von 214 600 Franken aus. Diese betreffen Investitionen für die Erneuerung alter IKT-Infrastruktur in den Gerichtssälen. Die Abschreibungen betrugen 91 800 Franken und betrafen das Videoüberwachungssystem, ein Geschäftsfahrzeug, die IKT-Infrastruktur der Gerichtssäle sowie Videokonferenzinstallationen.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesverwaltungsgericht veröffentlichte 20 Medienmitteilungen (Vorjahr 25). 17 davon betrafen die Rechtsprechung und 3 den übrigen Gerichtsbetrieb. Insgesamt behandelte der Bereich Kommunikation 141 Anfragen von Medienschaffenden und 49 Anfragen von Dritten. Ende Jahr waren 29 Journalistinnen und Journalisten am Gericht akkreditiert.

Von besonderem öffentlichem Interesse waren Entscheide zu den Credit-Suisse-Verfahren oder ein Urteil zu einem KI-System als Erfinder. Schlagzeilen machten ferner das Verhältnis einer Ausweisung und der vorläufigen Aufnahme nach altem

Recht, die Subventionierung der Aufklärungsbroschüre «Hey You» sowie die Massnahmen gegen den Löcherschwund beim Emmentaler Käse.

Weiter wurde eine neue Medienplattform für die Zusammenarbeit mit den akkreditierten Medienschaffenden eingeführt und in Betrieb genommen.

Informationssicherheit am Bundesverwaltungsgericht

Seit dem 1. Mai 2024 fungiert InfoSec BVGer als zentrale Anlaufstelle des Bundesverwaltungsgerichts für sämtliche Fragen zur Informationssicherheit, zum Datenschutz sowie zur Umsetzung des Öffentlichkeitsgesetzes. Nach dem Weggang des bisherigen Informationssicherheitsbeauftragten wurde die Stelle intern neu besetzt und die Aufgaben neu definiert. InfoSec BVGer besteht seither aus dem Informationssicherheits- und Datenschutzbeauftragten sowie dem Informations- und IT-Sicherheitsbeauftragten. Beide tragen ihre Verantwortung gleichberechtigt im Sinne einer spezialisierten Partnerschaft.

Im Berichtsjahr konzentrierte sich InfoSec BVGer – neben der Zusammensetzung des Teams – darauf, die Grundlagen für seine Tätigkeiten und Zuständigkeiten zu schaffen: den Aufbau einer soliden Teamdynamik und die Festigung seiner Position innerhalb der Organisation. In diesem Zusammenhang hat das Team insbesondere seine Kommunikation zu Themen der Informationssicherheit, des Datenschutzes und der künstlichen Intelligenz weiterentwickelt und gleichzeitig erste Grundlagen für die Gerichtsretraite 2026 gelegt.

InfoSec BVGer wirkte aktiv an der Ausarbeitung der neuen IKT-Weisungen und der M365-Weisungen mit. Zudem wurde eine Intranet-basierte Sensibilisierungskampagne zu Themen wie KI-Einsatz und -Umgang, Passwortsicherheit sowie weiteren Informationssicherheits- und Datenschutzthemen gestartet. Darüber hinaus beteiligte sich InfoSec BVGer aktiv am Projekt FAJUFI.

Projekte

Im Berichtsjahr brachte das Bundesverwaltungsgericht sein ehrgeiziges Organisationsentwicklungsvorhaben eTAF massgeblich voran. Dieses Modernisierungsprojekt bezweckt die schrittweise Digitalisierung der Arbeitsprozesse des Gerichts, wobei prioritär die Arbeitsmethoden optimiert und der Zugang zur Justiz vereinfacht werden sollen.

Im April entschied sich die Verwaltungskommission für die Anwendung DIVA (ehem. MyAbi/Juris), die von LogObject entwickelt wird. Diese innovative Lösung, die erhebliche Verbesserungen bringt, wird die aktuellen Systeme Juris, Findinfo und Bandlimat ersetzen.

Die Implementierungsarbeiten haben nach ein paar Monaten Verzögerung im Oktober mit der Pilotphase in der Abteilung VI begonnen. Diese Phase soll bis Ende 2026 fortlaufen. Gleichzeitig wird das Gericht die Pilotphase des nationalen Projekts Justitia 4.0 einleiten, einer gross angelegten Initiative zur Harmonisierung der Digitalisierung im gesamten schweizerischen Justizsystem. In dieser Etappe kommen zwei wichtige Anwendungen zum Einsatz: die eJustizakte-Applikation (JAA) und für den elektronischen Rechtsverkehr die Plattform justitia.swiss. Diese Projekte stellen einen wesentlichen Fortschritt auf dem Weg zu einer vernetzten, effizienteren Justiz dar.

Gleichzeitig arbeitet das Gericht an einem weiteren strategischen Vorhaben: Mit dem Projekt TAF-SCAN (ehem. DIDOERV) soll die Digitalisierung der Akten eingeführt und der Posteingang über ein Scancenter automatisiert werden. Obwohl sich dieses ehrgeizige Projekt noch in der Testphase befindet und einige Verzögerungen erfahren hat, ist der Start der Produktionsphase nach wie vor für 2027 geplant. Mit diesen Initiativen bekräftigt das Bundesverwaltungsgericht seinen Willen, unbeirrt an einer modernen, zugänglichen und zukunftsorientierten Justiz zu arbeiten.

Aufsicht

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Das Bundesverwaltungsgericht beaufsichtigt die administrative Geschäftsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen und ihrer Präsidien (Art. 63 lit. a EntG). Zuständig für die administrative Aufsicht ist der Generalsekretär bzw. die Generalsekretärin. Mittels entsprechender Verordnungen sind die Gebührenvereinnahmung zugunsten sowie die Entschädigungsabrechnung zulasten der Rechnung des Bundesverwaltungsgerichts detailliert geregelt. Die Rechnungsführung der eidgenössischen Schätzungskommissionen erfolgt durch die Finanzabteilung des Bundesverwaltungsgerichts. Die Prüfung der Jahresberichte der ESchK-Kreise für das Jahr 2024 hat ergeben, dass

die Kommissionen ihre Verfahren im gewohnten Umfang erledigten. Dabei waren die Erledigungszahlen nachvollziehbar. Im Berichtsjahr fand noch im letzten Kreis eine Inspektion der administrativen Aufsicht statt, um alle Mitglieder kennenzulernen. Diese gab ihr einen guten Einblick in das Funktionieren und die Tätigkeit des Kreises. Im Berichtsjahr haben ausserdem diverse neue Mitglieder ihr Amt angetreten.

Die Prüfung des Jahresberichts der Schätzungskommission Kreis 10, die mit den höchsten Fallzahlen konfrontiert ist, hat ergeben, dass im Zusammenhang mit der Entschädigung in Enteignungsverfahren insgesamt 32 Fälle erledigt wurden (Pendenzen Ende 2023: 734 Fälle; Neueingänge: 2 Fälle; Pendenzen Ende 2024: 704 Fälle), die meisten davon betreffend Fluglärm. Der Kreis war auch mit diversen Kostenbeschwerden seitens des Flughafens Zürich konfrontiert, für die zusätzlicher administrativer Aufwand anfiel. Ausserdem wurde die Stelle der abtretenden Gerichtsschreiberin neu besetzt.

Bundesgericht

Die Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts vom 14. April befasste sich hauptsächlich mit dem Geschäftsbericht 2024, dem Reporting zu Erledigungen und Pendenzen, der Rechnung 2024 sowie dem Voranschlag für 2026.

Ein zentrales Thema war die ausserordentlich hohe Geschäftslast in den Asylabteilungen und die zu ihrer Bewältigung ergriffenen Massnahmen. Nach der Änderung der Richterverordnung, die seit dem 1. April 2024 eine befristete Erhöhung auf 70 Vollzeitstellen vorsieht, nahmen zu Jahresbeginn fünf neue Richterpersonen sowie zusätzliche Gerichtsschreibende in den Abteilungen IV bis VI ihre Tätigkeit auf. Ergänzend wurden Aushilfsmassnahmen eingeführt, und Richterinnen und Richter übernahmen vermehrt Verfahren in anderen Amtssprachen als ihrer Hauptsprache, um die Belastung auszugleichen. Trotz gesteigerter Erledigungszahlen gelang es jedoch nicht, die Pendenzen wie erhofft abzubauen. Hauptursachen waren die zusätzlichen Eingänge infolge des Personalaufbaus beim Staatssekretariat für Migration (SEM) sowie eine allgemein wachsende Geschäftslast in fast allen Abteilungen.

Wie üblich diente die Aufsichtssitzung mit der Verwaltungskommission des Bundesgerichts auch der Vorbereitung der Sitzung mit den Geschäftsprüfungskommissionen am 30. April.

In der Aufsichtssitzung vom 10. Oktober in St. Gallen standen erneut die Geschäftslast sowie die personelle Situation im Vordergrund. Zudem wurden die Stellungnahmen der Gerichte zu den Empfehlungen der Geschäftsprüfungskommissionen im Zusammenhang mit der Inspektion «System der nebenamtlichen Richterinnen und Richter» diskutiert. Ein weiteres Thema bildete die Initiative zur Einführung eines Disziplinarsystems für die Richterinnen und Richter der eidgenössischen Gerichte.

Im Berichtsjahr gingen beim Bundesgericht drei Aufsichtsanzeigen gegen das Bundesverwaltungsgericht ein. Einer Anzeige wurde keine Folge geleistet, zwei Anzeigen waren Ende des Jahres noch hängig.

Bundesversammlung

Am 30. April fand in Lausanne die jährliche Sitzung zum Geschäftsbericht 2024 mit der Subkommission Gerichte/BA der Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) statt. Die Präsidentin des Bundesverwaltungsgerichts informierte über das vergangene Geschäftsjahr und die Herausforderungen durch die sehr hohe Geschäftslast.

Im Januar 2023 beauftragten die GPK die Parlamentarische Verwaltungskontrolle (PVK) mit einer Evaluation des Systems der nebenamtlichen Richterinnen und Richter. Auf Basis der Ergebnisse verabschiedeten die Kommissionen im August/September 2025 ihren Bericht mit vier Empfehlungen an die eidgenössischen Gerichte. Für das Bundesverwaltungsgericht, wo nebenamtliche Richterinnen und Richter nicht vorgesehen sind, blieb offen, ob deren Einsatz künftig geprüft werden soll. Das Gericht wurde jedoch aufgefordert, darzulegen, wie es die steigende Geschäftslast mittel- und langfristig bewältigen will.

Am 21. Oktober befragte die Kommission für Rechtsfragen in Bellinzona das Gerichtspräsidium zur Parlamentarischen Initiative 25.401 der GPK-S. Diese fordert eine gesetzliche Grundlage für eine Disziplinaufsicht über die Richterinnen und Richter an den eidgenössischen Gerichten. Damit soll das Vertrauen in die Institutionen gestärkt werden, unter Wahrung der richterlichen Unabhängigkeit, der Organisationsautonomie und der Gewaltenteilung. Die GPK-N unterstützt die Initiative.

Mit der Finanzkommission der eidgenössischen Räte fanden zwei Sitzungen statt. Am 16. April wurde die Staatsrechnung 2024 behandelt, am

29. Oktober standen der Voranschlag 2026 sowie der Finanzplan 2027–2029 zur Diskussion. In beiden Sitzungen beantwortete das Bundesverwaltungsgericht Querschnittsfragen; die Finanzkommission verabschiedete Kürzungsanträge zum Voranschlag 2026 zuhanden des Parlaments.

Am 24. September 2025 wählte die Vereinigte Bundesversammlung *Ralf Imstef* und *Lucien Philippe Magne* zu Richtern am Bundesverwaltungsgericht.

Zusammenarbeit

Die eidgenössischen Gerichte stehen regelmässig in Kontakt und arbeiten auf vielen Ebenen eng zusammen. Auf Ebene der Generalsekretariate fanden zwei gemeinsame Treffen statt. Dabei ging es darum, sich zu koordinieren und Synergieeffekte bei Projekten zu erzielen. Wiederkehrende Themen waren das Projekt Justitia 4.0, die Digitalisierung im Allgemeinen sowie der Datenschutz und die Informationssicherheit. Wie üblich wurden im Rahmen dieser Treffen auch die Aufsichtssitzungen vorbereitet.

2. Hinweise an den Gesetzgeber

Das Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt, dass es im Rahmen von Ämterkonsultationen und Vernehmlassungen, die auf die Arbeitslast des Gerichts Einfluss haben könnten, teilweise nicht begrüsst wurde. Im Rahmen der Gesamtstrategie Asyl wurde es beispielsweise nicht zur Stellungnahme eingeladen, obwohl das Gericht in Asylverfahren letztinstanzlich entscheidet und somit das Gelingen der Asylstrategie massgeblich beeinflussen dürfte. Die Verfahrensbeschleunigung ist ein zentrales Gebot in der Justiz, bedarf allerdings auch genügend Personalressourcen. Das Bundesverwaltungsgericht würde es begrüssen, wenn es bei Geschäften künftig bereits frühzeitig eingebunden würde, damit es sich angemessen einbringen kann.

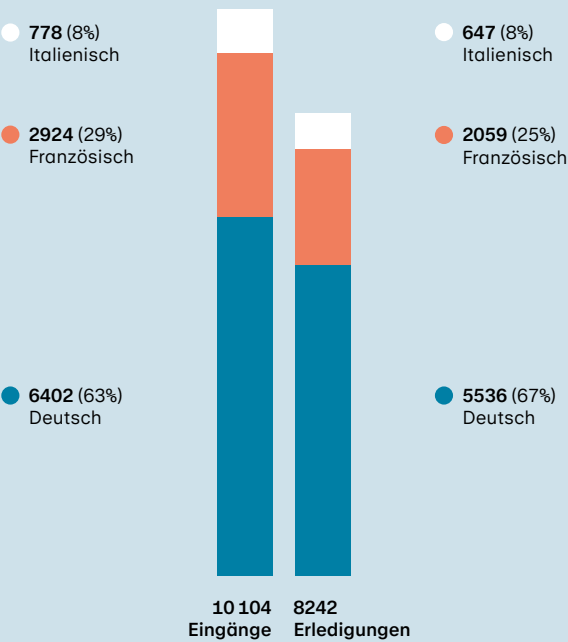


3. Statistiken

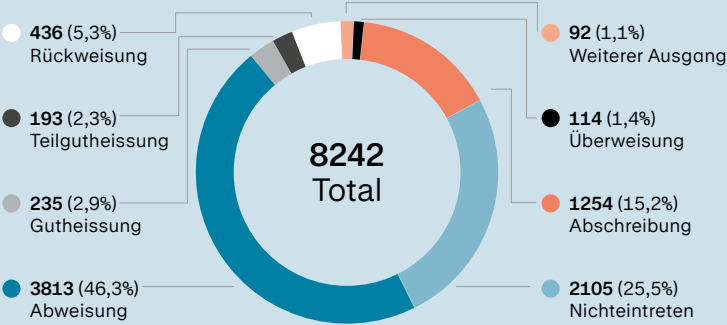
3.1 Art und Zahl der Geschäfte

	Geschäfte						Verfahrensausgang							
	Eingänge 2024	Erledigungen 2024	Übertrag von 2024	Eingänge 2025	Erledigungen 2025	Übertrag auf 2026	Abschreibung	Nichteintreten	Abweisung	Guttheissung	Teilguttheissung	Rückweisung	Weiterer Ausgang	Überweisung
Beschwerden	7774	6720	6589	9469	7629	8429	1150	1858	3732	192	191	436	30	40
Klagen	2	1	2	1	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	222	235	37	279	282	34	84	30	22	28	2	-	50	66
Revision usw.	210	190	57	355	331	81	20	217	59	15	-	-	12	8
Total	8208	7146	6685	10 104	8242	8547	1254	2105	3813	235	193	436	92	114

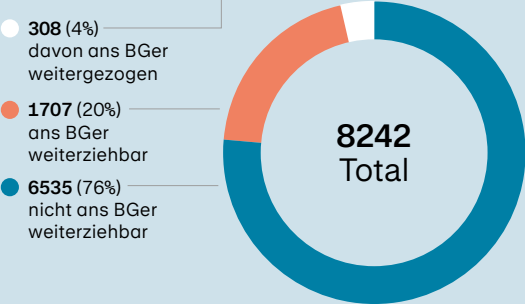
3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2025



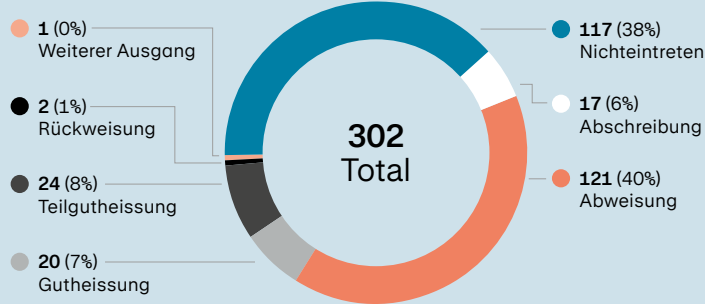
3.1.2 Art der Erledigung 2025



3.1.3 Erledigung 2025

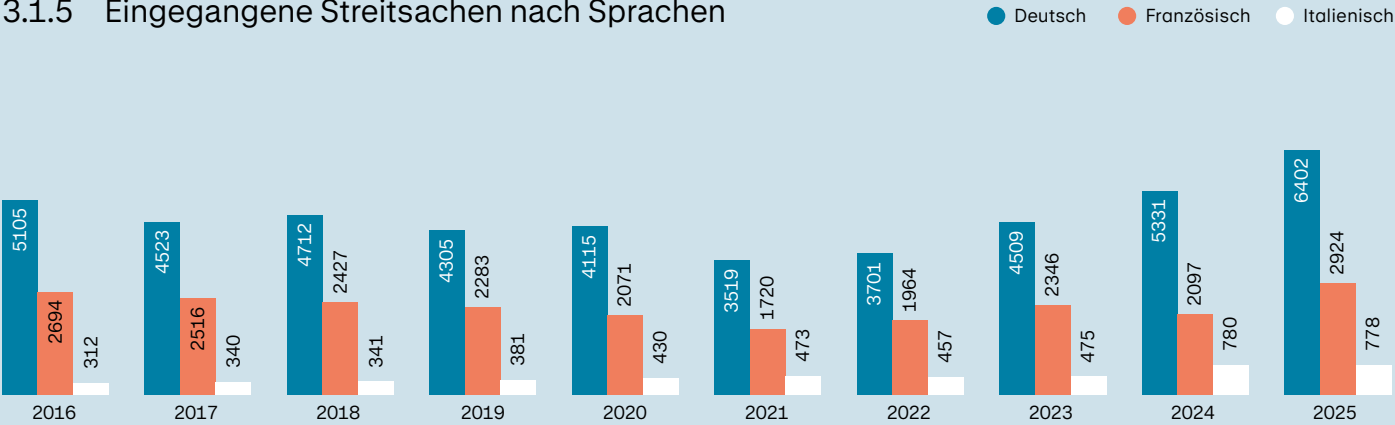


3.1.4 Erledigung der weitergezogenen Verfahren



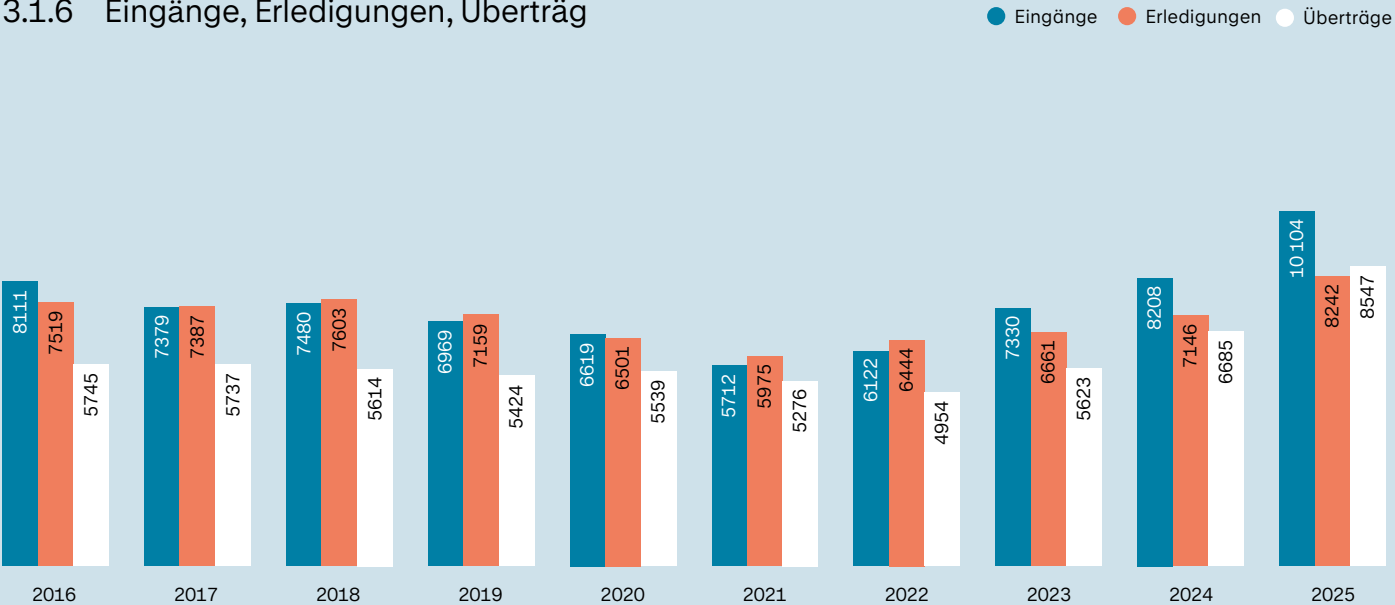
Die Differenzen zu den Zahlen gemäss letztjährigem Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Verfahrenstrennungen, -vereinigungen, nachträgliche Eintragungen, Materienverschiebungen usw.).

3.1.5 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen



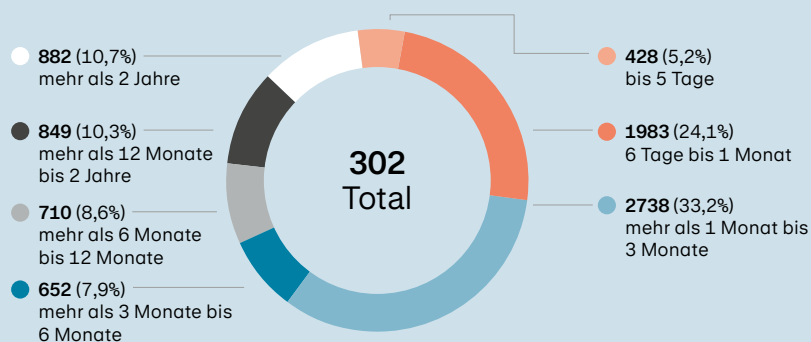
In den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 wurden einige italienischsprachige Eingänge umverteilt auf die Verfahrenssprachen Deutsch (2024: 35/2023: 100/2022: 99/2021: 23) und Französisch (2024: 2/2023: 19/2022: 24/2021: 6).

3.1.6 Eingänge, Erledigungen, Übertrag



3.2 Dauer der Geschäfte

	bis 5 Tage	5 Tage bis 1 Monat	mehr als 1 Monat bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 6 Monate	mehr als 6 Monate bis 12 Monate	mehr als 12 Monate bis 2 Jahre	mehr als 2 Jahre	Total Erledigungen 2025
Beschwerden	335	1751	2504	618	699	844	878	7629
Klagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Andere Rechtsmittel	58	95	98	25	2	2	2	282
Revisionsgesuche usw.	35	137	136	9	9	3	2	331
Total	428	1983	2738	652	710	849	882	8242



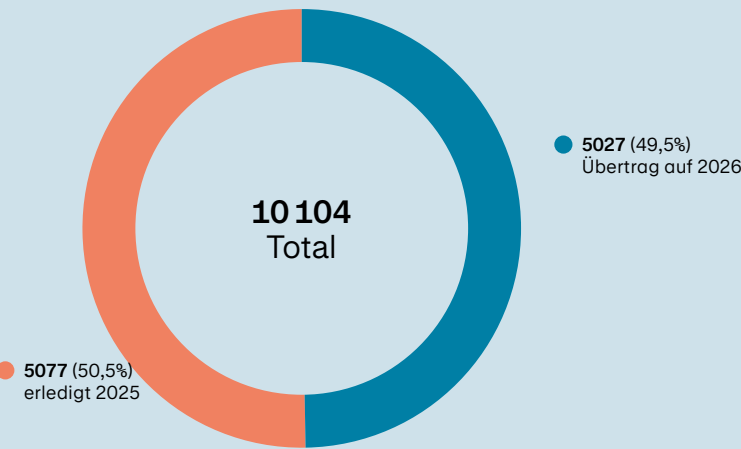
3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

	Erledigungen		Übertragene Fälle	
	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)	Mittlere Dauer (Tage)	Maximale Dauer (Tage)
Beschwerden	256	3305	416	4349
Klagen	-	-	504	692
Andere Rechtsmittel	59	1794	142	1794
Revisionsgesuche usw.	54	1306	246	1751
Gesamtdurchschnitt	241		412	

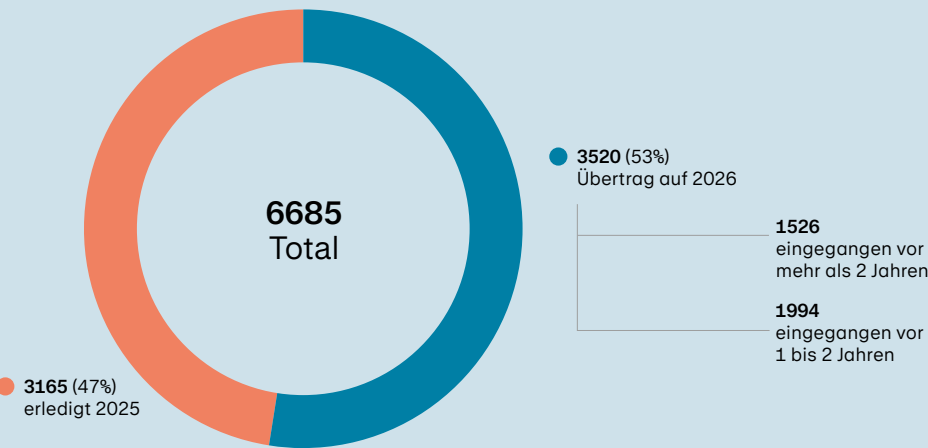
3.3 Erledigungsquotienten

	Erledigung Neueingänge (Q1)					Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)					Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)		
	Neueingänge	davon erledigt		davon Übertrag auf Folgeperiode		Übertrag aus Vorperiode	davon erledigt		davon Übertrag auf Folgeperiode		Neueingänge	Erledigungen	
Abteilung I	583	164	28%	419	72%	756	456	60%	300	40%	583	620	106%
Abteilung II	559	214	38%	345	62%	744	251	34%	493	66%	559	465	83%
Abteilung III	563	176	31%	387	69%	904	347	38%	557	62%	563	523	93%
Abteilung IV	3377	1681	50%	1696	50%	1830	866	47%	964	53%	3377	2547	75%
Abteilung V	3278	1621	49%	1657	51%	1743	730	42%	1013	58%	3278	2351	72%
Abteilung VI	1744	1221	70%	523	30%	708	515	73%	193	27%	1744	1736	100%
Total	10 104	5077	50%	5027	50%	6685	3165	47%	3520	53%	10 104	8242	82%

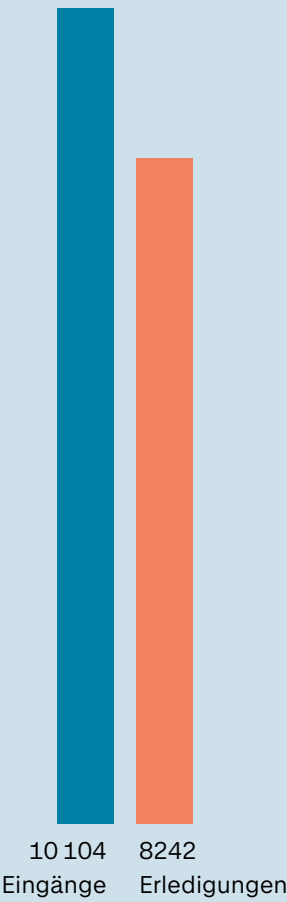
3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

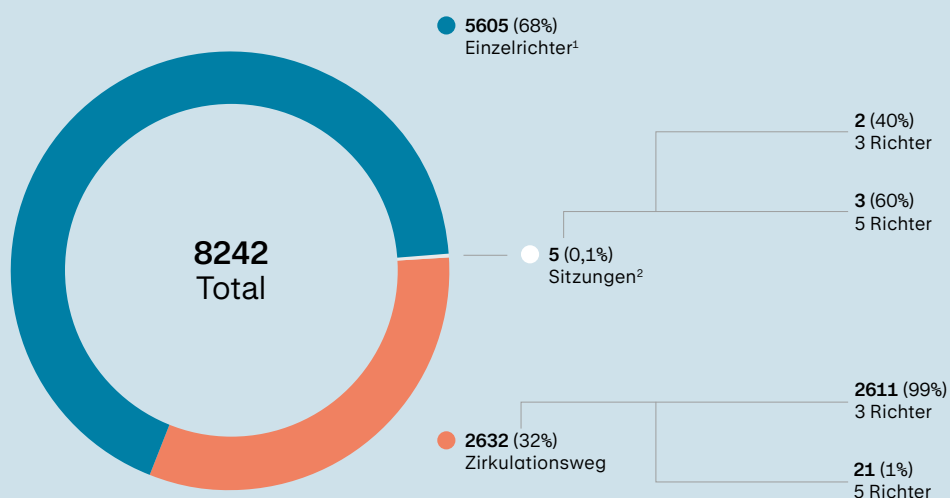


3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

	Einzelrichter ¹	Zirkulationsweg				Sitzungen ²		
		3 Richter- personen	5 Richter- personen	Total		3 Richter- personen	5 Richter- personen	Total
Beschwerden	5174	2429	21	2450		2	3	5
Klagen	–	–	–	–		–	–	–
Andere Rechtsmittel	211	71	–	71		–	–	–
Revisionsgesuche usw.	220	111	–	111		–	–	–
Total	5605	2611	21	2632		2	3	5

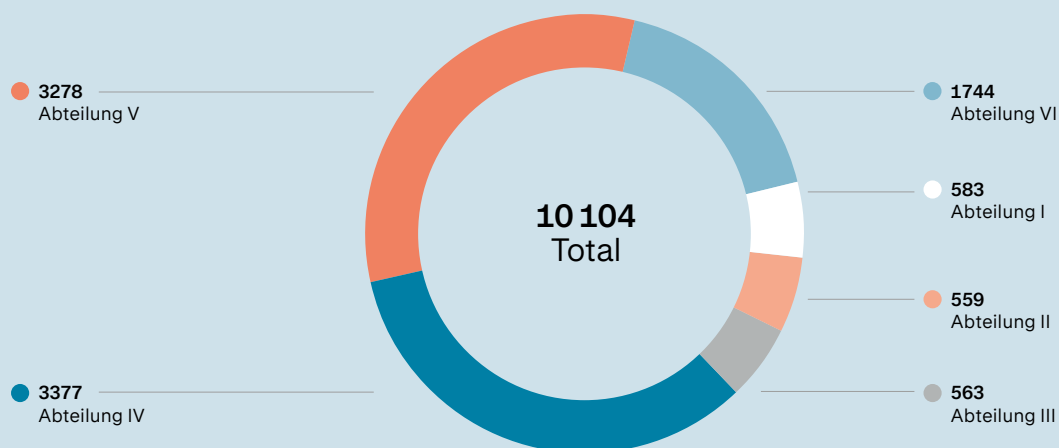


- 1 Darin enthalten sind 2292 Einzelrichterentscheide mit Zustimmung eines Zweitrichters bzw. einer Zweitrichterin nach Art. 111 Bst. E AsylG.
 2 Urteilsberatungen

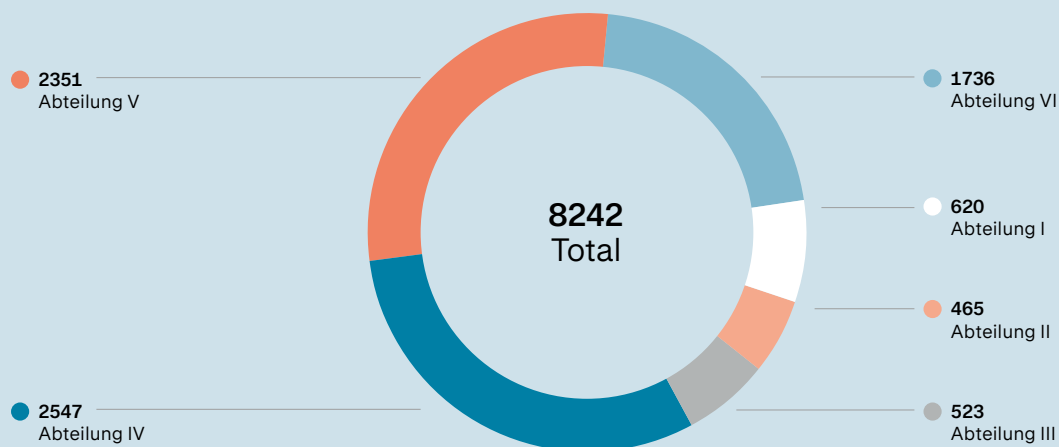
3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

	Übertrag von 2024	Eingang 2025	Erledigungen 2025	Übertrag auf 2026
Abteilung I				
Beschwerden	745	565	595	715
Klagen	1	–	–	1
Andere Rechtsmittel	8	13	18	3
Revisionsgesuche usw.	2	5	7	–
Total	756	583	620	719
Abteilung II				
Beschwerden	743	556	464	835
Klagen	1	1	–	2
Andere Rechtsmittel	–	–	–	–
Revisionsgesuche usw.	–	2	1	1
Total	744	559	465	838
Abteilung III				
Beschwerden	899	561	517	943
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	4	1	4	1
Revisionsgesuche usw.	1	1	2	–
Total	904	563	523	944
Abteilung IV				
Beschwerden	1785	3115	2293	2607
Andere Rechtsmittel	12	77	86	3
Revisionsgesuche usw.	33	185	168	50
Total	1830	3377	2547	2660
Abteilung V				
Beschwerden	1717	3067	2141	2643
Andere Rechtsmittel	9	80	88	1
Revisionsgesuche usw.	17	131	122	26
Total	1743	3278	2351	2670
Abteilung VI				
Beschwerden	700	1605	1619	686
Klagen	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	4	108	86	26
Revisionsgesuche usw.	4	31	31	4
Total	708	1744	1736	716
Gesamttotal	6685	10 104	8242	8547

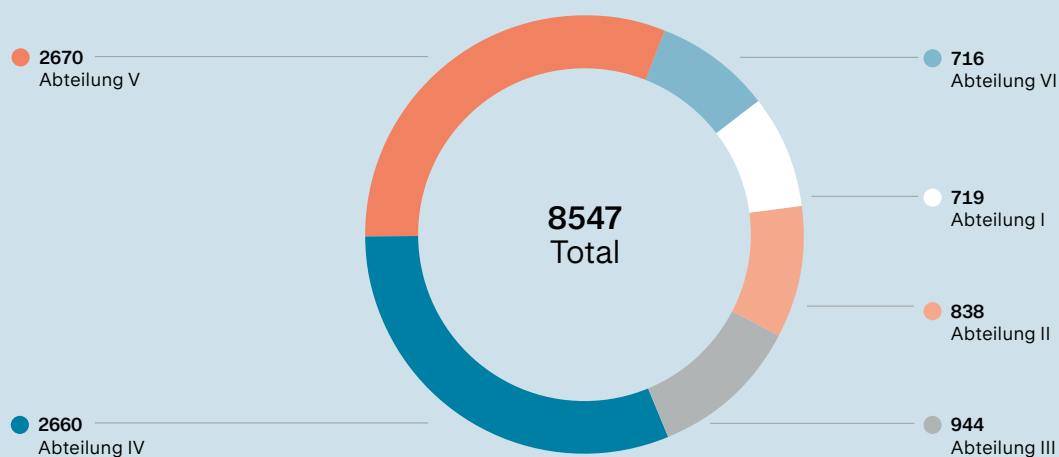
3.5.1 Eingang 2025



3.5.2 Erledigung 2025



3.5.3 Übertrag auf 2026



3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

	Neueingänge					Erledigungen				
	2021	2022	2023	2024	2025	2021	2022	2023	2024	2025
Abteilung I										
Beschwerden	741	625	642	492	565	698	762	555	603	595
Klagen	–	–	–	1	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	24	21	11	17	13	27	19	16	12	18
Revisionen usw.	5	–	3	4	5	6	–	2	3	7
Total	770	646	656	514	583	731	781	573	618	620
Abteilung II										
Beschwerden	377	409	737	420	556	354	428	364	378	464
Klagen	2	2	1	1	1	2	–	7	1	–
Andere Rechtsmittel	–	–	1	–	–	–	–	1	–	–
Revisionen usw.	1	2	3	3	2	1	2	2	4	1
Total	380	413	742	424	559	357	430	374	383	465
Abteilung III										
Beschwerden	521	466	559	526	561	620	507	489	441	517
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	13	6	1	5	1	13	7	1	4	4
Revisionen usw.	5	2	8	2	1	6	3	6	3	2
Total	539	474	568	533	563	639	517	496	448	523
Abteilung IV										
Beschwerden	1333	1623	2124	2721	3115	1430	1650	1972	2169	2293
Andere Rechtsmittel	39	71	86	83	77	39	66	82	87	86
Revisionen usw.	57	47	71	111	185	61	48	63	100	168
Total	1429	1741	2281	2915	3377	1530	1764	2117	2356	2547
Abteilung V										
Beschwerden	1320	1462	1778	2277	3067	1412	1561	1746	1841	2141
Andere Rechtsmittel	51	46	80	83	80	49	46	71	94	88
Revisionen usw.	47	37	45	70	131	43	46	47	60	122
Total	1418	1545	1903	2430	3278	1504	1653	1864	1995	2351
Abteilung VI										
Beschwerden	1128	1246	1128	1338	1605	1164	1245	1193	1288	1619
Klagen	–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
Andere Rechtsmittel	24	47	34	34	108	25	45	29	38	86
Revisionen usw.	24	10	18	20	31	25	9	15	20	31
Total	1176	1303	1180	1392	1744	1214	1299	1237	1346	1736
Gesamttotal	5712	6122	7330	8208	10 104	5975	6444	6661	7146	8242

3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

	Be- schwer- den	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionen usw.	Total
Staat – Volk – Behörden					
120.00 Sicherheit der Eidgenossenschaft	1	-	-	-	1
140.00 Bürgerrecht	36	-	6	2	44
141.00 Ausländerrecht	591	-	32	11	634
142.10 Asylverfahren	5074	-	81	280	5435
142.50 Asyl Verschiedenes	151	-	5	-	156
143.00 Anerkennung der Staatenlosigkeit	14	-	-	-	14
144.00 Ausweisschriften	23	-	-	-	23
152.00 Meinungs- und Informationsfreiheit	15	-	-	-	15
170.00 Staatshaftung (Bund)	9	-	1	-	10
172.00 Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsverfahren	34	-	140	28	202
173.00 Öffentliches Beschaffungswesen	36	-	-	-	36
174.00 Öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse (Bund)	30	-	2	-	32
195.00 Schweizer Personen und Institutionen im Ausland	5	-	-	-	5
199.00 Amts- und Rechtshilfe (inkl. Steuern und Finanzmarkt)	191	-	2	4	197
Total Staat – Volk – Behörden	6210	-	269	325	6804
Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung					
210.10 Stiftungsaufsicht	7	-	-	-	7
210.20 Adoptionsvermittlung	-	-	-	-	-
210.30 Solidaritätsbeiträge	1	-	-	-	1
221.10 Revisionsaufsicht	2	-	-	1	3
221.20 Handelsregister- und Firmenrecht	-	-	-	-	-
232.10 Urheberrecht	2	-	-	-	2
232.20 Marken-, Design- und Sortenschutz	58	-	-	-	58
232.50 Erfindungspatente	7	-	-	-	7
232.60 Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip	150	-	2	-	152
232.70 Ursprungsbezeichnungen	2	-	-	-	2
232.80 Wappenschutz	-	-	-	-	-
251.00 Kartelle	10	-	-	-	10
Total Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung	239	-	2	1	242
Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug					
312.00 Teilung eingezogener Vermögenswerte (TEVG)	-	-	-	-	-
341.00 Bundesbeiträge für den Straf- und Massnahmenvollzug	-	-	-	-	-
Total Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug	-	-	-	-	-
Schule – Wissenschaft – Kultur					
410.00 Schule	130	-	-	-	130
420.00 Wissenschaft und Forschung	17	-	-	1	18
440.00 Sprache, Kunst und Kultur	-	-	-	-	-
450.00 Natur- und Heimatschutz	3	-	-	-	3
Total Schule – Wissenschaft – Kultur	150	-	-	1	151
Landesverteidigung					
500.00 Landesverteidigung	24	-	-	-	24
Finanzen					
610.00 Subventionen	4	-	-	-	4
630.00 Zölle	38	-	-	-	38
641.00 Stempelabgaben	3	-	1	-	4
641.99 Indirekte Steuern	81	-	2	-	83
643.00 Mehrwertsteuer (inkl. WUST.)	70	-	2	-	72
650.00 Schwerverkehrsabgabe	6	-	-	-	6
650.49 Verschiedene indirekte Steuern	5	-	-	-	5
650.99 Direkte Steuern	2	-	-	-	2
654.00 Verrechnungssteuer	8	-	1	-	9
655.00 Internationales Steuerrecht	1	-	-	-	1
699.00 Finanzen (Übriges)	-	-	-	-	-
Total Finanzen	137	-	4	-	141

	Beschwerden	Klagen	Andere Rechtsmittel	Revisionen usw.	Total
Öffentliche Werke – Energie – Verkehr					
711.00 Enteignung	7	–	–	–	7
725.00 Nationalstrassen	26	–	–	–	26
730.00 Energie (ohne elektrische Anlagen)	12	–	1	–	13
730.20 Elektrische Anlagen	28	–	–	–	28
740.00 Strassenwesen (ohne Nationalstrassen)	–	–	–	–	–
742.00 Eisenbahnen	17	–	–	–	17
748.10 Luftfahrtanlagen	8	–	–	–	8
748.30 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen)	13	–	–	1	14
749.00 Übrige Anlagen	5	–	1	–	6
783.00 Post, Fernmeldewesen	7	–	–	–	7
785.00 Radio und Fernsehen	33	–	1	1	35
799.00 Öffentliche Werke – Energie – Verkehr (Übriges)	3	–	–	–	3
Total Öffentliche Werke – Energie – Verkehr	159	–	3	2	164
Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit					
810.10 Medizin und Menschenwürde	2	–	–	–	2
810.20 Medizinalberufe	25	–	–	–	25
810.30 Heilmittel	44	–	–	1	45
810.40 Chemikalien	8	–	–	–	8
810.50 Schutz des ökologischen Gleichgewichts	7	–	–	–	7
810.60 Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	–	–	–	–	–
810.70 Krankheits- und Unfallbekämpfung	8	–	–	–	8
820.00 Arbeit (öffentliches Recht)	28	–	–	–	28
830.00 Sozialversicherung	498	–	4	1	503
830.10 Sozialversicherung AT	8	–	–	–	8
830.30 Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)	91	–	–	–	91
830.40 Invalidenversicherung (IV)	229	–	1	–	230
830.50 Krankenversicherung	74	–	2	1	77
830.60 Unfallversicherung	13	–	–	–	13
830.70 Berufliche Vorsorge	46	–	1	–	47
830.80 Erwerbsersatzordnung (EO) und Mutterschaftsversicherung	–	–	–	–	–
830.90 Familienzulagen	–	–	–	–	–
830.95 Arbeitslosenversicherung	37	–	–	–	37
840.00 Wohnraum-, Wohnbau- und Eigentumsförderung	1	–	–	–	1
850.00 Fürsorge	–	–	–	–	–
Total Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit	621	–	4	2	627
Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit					
901.00 Investitions- und Standortförderung	13	–	–	–	13
910.00 Landwirtschaft	16	–	–	–	16
920.00 Forstwesen, Jagd und Fischerei	–	–	–	–	–
930.00 Industrie und Gewerbe	1	–	–	–	1
930.40 Glücksspiele und Spielbanken	1	–	–	–	1
940.00 Handel, Kredit und Privatversicherung	42	–	–	–	42
950.20 Finanzmarktaufsicht	25	–	–	–	25
990.99 Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit (Übriges)	–	–	–	–	–
Total Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit	72	–	–	–	72
999.00 Übriges	17	–	–	–	17
Gesamttotal	7629	–	282	331	8242

Vergleichstabelle

Kennzahlen des Bundesgerichts,
des Bundesstrafgerichts,
des Bundesverwaltungsgerichts und
des Bundespatentgerichts

	Bundesgericht	Bundes- strafgericht	Bundes- verwaltungs- gericht	Bundes- patentgericht
Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)*				
Anzahl Richter/-innen	40	19,3	70	3,6
Anzahl Gerichtsschreiber/-innen	149,9	29,5	213,2	1
Anzahl übrige Mitarbeitende	168,1	31,8	120,1	1,3
Geschäftslast				
Bestand am Anfang des Jahres	3774	278	6685	24
Anzahl Eingänge	7947	686	10 104	14
Anzahl Erledigungen	7883	638	8242	23
Bestand am Ende des Jahres	3838	326	8547	15
Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen)	189	224 ¹ / 163 ² / 222 ³	544	544 ⁴ / 200 ⁵
Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte	158	10	1526	–
Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2025 eingegangenen Fällen	59%	58%	50%	14%
Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2025 erledigten Fälle	84%	86%	47%	88%
Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen	99%	93%	82%	164%
Finanzen (in CHF)				
Erfolgsrechnung				
Ertrag	20 785 984	938 801	6 652 553	715 540 ⁶
Aufwand	116 166 345	19 660 034	96 924 856	1 496 094
Personalaufwand	91 821 079	16 939 244	82 127 997	1 260 410
Sach- und übriger Betriebsaufwand	24 047 279	2 754 604	14 402 456	278 822
Einlage in Rückstellungen	–	–38 000	302 615	–43 138
Abschreibung Verwaltungsvermögen	297 987	4186	91 788	–
Investitionsrechnung				
Einnahmen	–	–	–	–
Ausgaben	253 438	13 374	214 570	–
Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte	253 438	13 374	214 570	–
Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben				
	17,85%	4,8%	6,8%	47,8% ⁶
Besonderes				
Unentgeltliche Rechtspflege	623 341	12 559	748 178	–
Informatik-Sachaufwand	1 956 952	567 898	4 914 185	149 650
Raummiete	7 411 800	1 133 520	4 019 400	58 500

- * Jahresmittelwert
1 Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer
2 Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer
3 Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer
4 Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren
5 Mittlere Dauer der summarischen Verfahren
6 BPatGer: Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 780 553.82)

